

RECHT AUF STADT

NEVER

MIND

THE

PAPERS!

*Wir sind Refugees im alltäglichen Kampf gegen das schlechte Leben in überfüllten und isolierten Lagern, wir sind Nachbar*innen die sich gegen die Verdrängung aus überteuerten Vierteln wehren, Aktivist*innen die sich ihr Recht auf Stadt zurückerobern. Wir sind organisierte Geflüchtete von „Lampedusa in Hamburg“. Wir sind Gewerkschafter*innen, die wissen, dass wir als Lohnabhängige nur stark sind, wenn wir gemeinsam mit den Beschäftigten mit den schlechtesten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt füreinander eintreten. Wir sind Studierende, die nicht akzeptieren wollen, dass gute Bildung nur etwas für Reiche ist. Wir sind Menschen, die es nicht hinnehmen wollen, dass die unveräußerlichen Menschenrechte für unsere Nachbarin nicht gelten sollen. In unseren Kämpfen schaffen wir das solidarische Hamburg. Wir achten aufeinander, wir werden stärker dadurch, dass wir uns zusammenschließen. Wir wissen - in dieser Stadt ist Platz für Alle – außer für diejenigen, die uns unsere Rechte nehmen wollen, außer für diejenigen, die sich an uns immer nur bereichern wollen.*

Im Februar wird in Hamburg gewählt. Zur Wahl stellt sich ein selbstzufriedener Senat, der glaubt, alles richtig gemacht zu haben. Wir erheben unsere Stimmen und widersprechen. Wir klagen das Handeln des SPD Senats gegenüber Migrant*innen an. Wir erheben unsere Stimmen und legen unsere Finger in diese Wunde der Hamburger Politik.

„Seit eineinhalb Jahren sind wir, die Geflüchteten der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ Teil dieser Stadt. Wir arbeiten hier, wir wohnen hier, wir organisieren uns hier. Unser Kampf um ein Bleiberecht wird von Tausenden unterstützt. Der Senat ignoriert uns.“

„Wir sind Geflüchtete aus vielen Ländern. Geflüchtet vor Kriegen, geführt auch mit deutschen Waffen, geflüchtet vor vermeidbarem Hunger und Elend. Wir wohnen in Containern und Zelten. Traumatisiert von unseren Erlebnissen sind wir auf engstem Raum untergebracht, ohne Möglichkeit uns zurückzuziehen, angemessener medizinischer Versorgung oder auch nur der Möglichkeit selbst zu kochen. Viele Menschen dieser Stadt helfen uns aus privater Initiative. Der Senat tut so, als wäre er überrascht über unser Kommen und behauptet, alle Möglichkeiten für eine Verbesserung dieser Situation auszuschöpfen. Dabei schafft er nicht mal Mindeststandards. Dabei hat er ganz andere Lösungsinstrumente in der Hand. Wir sind wütend, und wir werden immer mehr, die dagegen protestieren“

WIR ARBEITEN ZUSAMMEN

– WIR KÄMPFEN ZUSAMMEN

In dieser Stadt arbeiten wir, die wir deutsche Pässe haben, gemeinsam Seite an Seite mit Menschen für die es schwierig bis unmöglich ist, eine legale Arbeitserlaubnis zu bekommen. Manche haben ein Arbeitsverbot, als Strafe, weil sie nicht an ihrer eigenen Abschiebung mitwirken. Manche haben ein generelles Beschäftigungsverbot oder dürfen nur arbeiten, wenn keiner mit deutschem Pass die Arbeit will. Manche werden aber auch gezwungen zu jeder Bedingung zu arbeiten, weil sonst ihre Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wird. Und dann gibt es noch diejenigen, die überhaupt nicht legal arbeiten dürfen, weil sie offiziell gar nicht existieren. So wie diejenigen von uns, die Bleiberecht in einem anderen EU-Staat haben, wo sie nicht leben können, weil es dort keine Arbeit gibt. So wie wir von der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“. Wir wissen, unter diesen Bedingungen werden wir in die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen gezwungen. Oder in illegalisierte Arbeitsverhältnisse, zu Niedriglöhnen, in Rechtlosigkeit. Wir wollen das nicht. Wir wollen auch nicht die Löhne und Arbeitsbedingungen aller Lohnabhängigen herunterziehen, wir wollen nicht den Mindestlohn untergraben. Wir werden dazu gezwungen. Tatsächlich besteht in Hamburg ein Bedarf

an zugewanderten Arbeitskräften sowohl für qualifizierte als auch für ungelernete Beschäftigung. Ganze Branchen kalkulieren mit- und profitieren von der Ausbeutung schutzloser, illegalisierter Arbeitskräfte. Wessen Interessen vertritt der Senat, wenn er diese Zustände sehenden Auges hinnimmt?

Wir fordern Selbstverständliches, wir fordern Menschenrechte ein:

- **Recht auf Arbeit und berufliche Ausbildung, unabhängig vom Aufenthaltsstatus**
- **Arbeitserlaubnis für alle hier lebenden Menschen**

RECHT AUF MENSCHENWÜRDIGES WOHNEN!

Wir, die wir keine oder schlechte Papiere haben, wegen unserer Hautfarbe oder unserem Namen in kaputten Wohnungen zu über- teuerten Mieten wohnen, wenn wir überhaupt eine Wohnung an- mieten dürfen. Wir, denen ganz offen ins Gesicht gesagt wird „an Ausländer vermieten wir nicht“. Wir finden uns zusammen mit den- nen, die seit Jahren dagegen kämpfen, durch über- teuerte Mieten an den Rand der Stadt gedrängt zu werden. Wir stehen auf einer Seite mit den Wohnungslosen, nicht gegeneinander. Wir alle, die wir ge- meinsam unser Recht auf Stadt erkämpfen, wir wissen, dass in die- ser Stadt die fetten Profite der Immobilienbesitzer immer vor den Bedürfnissen der Allgemeinheit kommen. Aber Wohnraum ist ein existenzielles Bedürfnis, keine Ware! Ihr, vom Senat, sagt nicht ihr könnt nichts tun. Ihr habt die Möglichkeit, leer stehenden Büroraum in Wohnungen umzuwandeln.

Wir fordern:

- **Keine Unterbringung in Lagern. Nicht in Containern, Zelten oder Wohnschiffen, sondern Wohnungen für Alle**
- **Leerstand zu Wohnraum**
- **Mehr bezahlbarer Wohnraum**

WIR LEBEN HIER

- WIR BLEIBEN HIER

Viele von uns, die in dieser Stadt wohnen, arbeiten, leben - sind hier offiziell nur geduldet. Wir müssen von einer Duldungsverlängerung zur nächsten zittern. In Hamburg ein dauerhaftes Bleiberecht zu bekommen ist fast unmöglich. Jetzt, nach den neuen Gesetzesver- schärfungen, noch schwieriger. Wir werden in jahrelangen Verfah- ren „geprüft“, die kein Mensch durchschaut. Am Ende steht meist die

Aufforderung zur Ausreise, obwohl Hamburg ganz andere rechtliche Möglichkeiten hätte, die aber aus Prinzip nicht ausgeschöpft wer- den. Das Ganze hat System und zur Folge, dass viele von uns illegal gemacht werden. Illegalisiert zu werden heißt, ohne jeden Anspruch auf soziale Rechte in dieser Stadt leben zu müssen, ausgeschlossen von vielem, was für die meisten Menschen dieser Stadt selbstver- ständlich ist. Zum Beispiel, dem Recht auf medizinische Behandlung, wenn wir krank werden.

Wir fordern:

- **Freier Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle**
- **Legalisierung des Aufenthalts aller Menschen die hier leben - es ist möglich!**
- **Das Abschiebesystem abschaffen**

Wir Alle, die wir in Hamburg leben, sind Teil dieser Stadt. Unsere Re- gierung verschließt die Augen vor dieser Realität und nimmt es hin, dass Menschen illegalisiert werden. Menschen die zu jeder Bedin- gung arbeiten müssen, ausgeschlossen von allen sozialen Rechten. Dieser Senat nimmt es hin, dass Geflüchtete in Zelten leben müssen, in einer reichen Stadt wie dieser. Wir wissen, ihre Ausflüchte, dass sie daran nichts ändern können, sind falsch. Manches Gesetz könn- ten sie auf höherer Ebene beeinflussen. Vieles liegt direkt in ihrer Hand. Eine gute Unterbringung für Geflüchtete ebenso wie eine Bleiberechtsregelung für Gruppen von Bürgerkriegsflüchtlingen. Lampedusa in Hamburg - they are here to stay! Wir wissen, auch die kommende Wahl wird an der bestehenden schlechten Situation nichts grundlegend ändern. Darum liegt es jetzt an uns. Der Kampf um Anerkennung der Lampedusa-Gruppe zeigt, wie viele Menschen in dieser Stadt mit der Politik des Senats unzufrieden sind und sich wirklich willkommen fühlen möchten. Mit unseren Stimmen machen wir deutlich:

Die Kämpfe um Bleiberecht, für menschenwürdige Unterbrin- gung, für politische und soziale Rechte werden weitergehen.

Eine Politik gegen MigrantInnen wird in Hamburg mit massiven gesellschaftlichen Protesten zu rechnen haben!

Wir kämpfen für eine Stadt, in der alle Menschen, die hier leben, die gleichen Rechte haben!

DEMONSTRATION

31. JANUAR 2015

13 UHR, LANDUNGSBRÜCKEN HAMBURG

RIGHT TO THE CITY

NEVER

MIND

THE

PAPERS!

We are people living in Hamburg. We are refugees struggling on a daily basis with the bad living situation in overcrowded and isolated camps, we are neighbors fighting against our displacement from overpriced neighborhoods, and we are activists recapturing our right to the city. We are organized refugees of the group "Lampedusa in Hamburg". We are unionists who know that as wage-earners, we can only be strong if we unite with the wage-earners working under the poorest working conditions. We are students who cannot tolerate that quality education is only for rich people. We are people who cannot accept that inalienable human rights do not apply to our neighbors. We are fighting for solidarity in Hamburg and everywhere. We take care of each other and we will become stronger by uniting our struggles. We know that in this city there is enough room for everybody except for those people who try to take away our rights and to enrich themselves at our expense.

On February 15th, it is Election Day in Hamburg. Up for election is a SPD senate who thinks they did everything the right way. We disagree and accuse the senate of mistreating refugees in Hamburg. We will raise our voices and put as much pressure on the senate as we can to change their refugee policy.

"For one and a half years now, the group "Lampedusa in Hamburg" has been part of this city. We work here, we live here and we are organized. Our struggle for our right to stay is supported by thousands of people in Hamburg, but the senate ignores us."

"We are refugees from countries from all over the world. We fled from wars, fought with German weapons, and from avoidable hunger and poverty. We live in containers and tents. Traumatized by our escape, we live in very close proximity to each other without privacy, appropriate medical treatment or simply a place to cook. Many people of Hamburg help us where they can, but the senate seems to be surprised by our arrival and pretends to do everything they can while doing almost nothing to improve our situation, although they got all the resources to do so. We are furious and every day, more and more people protest against this treatment."

WE WORK TOGETHER - WE FIGHT TOGETHER

In this city, we, who own German passports, work together with people for whom it is very difficult if not impossible to get a work permit. Many people are banned from working because they did not assist their own deportation. Many people are not allowed to work at all, or are only allowed to work if no one with a German passport wants to do this job. Other people are forced to work under poor working conditions because, if they do not work under these conditions, their right to stay will be revoked. Some people are not allowed to work because officially, they do not exist, like, for example, us from the group "Lampedusa in Hamburg" who have a right to stay in another country of the European Union but cannot make a living there because there are no jobs for us. We know that under these conditions, we are forced to get welfare payments or work illegally, where working conditions are poor, wages are low and labor laws do not exist. We do not want that. We do not want to be responsible for undermining minimum wages. We are forced to do that. We know that there is an actual need in Hamburg for migrant workers, for both skilled and unskilled labor. Many employers support and profit from the exploitation of unprotected illegal workers. On whose behalf does the senate act, when they accept this system of exploitation?

We just demand our human rights:

- **the right to work and to professional training, irrespective of the legal status**
- **a work permit for everybody who lives in Hamburg**

RIGHT TO HUMANE LIVING CONDITIONS

We, the people who have no papers, who are rejected because of our skin color or our name, who live in beat-up places for overpriced rent or who are not allowed to rent places at all, who are told to our faces “we do not rent to foreigners”, unite with the people who have been fighting for years against overpriced rents and the expulsion of poorer people to the outer districts of the city. We fight together with homeless people, not against them. We fight for our right to the city, knowing that the profits of real estate owners are more important in this city than the needs of the general public. Housing is an existential need and not merchandise for real estate owners. The senate says that they cannot do anything about that although the city owns the municipal housing development agency that can provide living space. They could also turn empty office spaces into living spaces.

We demand:

- **no housing in tents, containers, tents or ships but in flats for everybody**
- **change vacant places to living spaces**
- **more affordable housing**

WE ARE HERE TO STAY

Many of us, who live and work in this city, are only tolerated officially. We have to apply every three to six months for an extension of this toleration. It is almost impossible for us to get permanent residency. The German government passed a new law which makes it even more complicated to become a permanent resident. We have to go through a long, nontransparent and unfair assessment of our request to get permanent residency, which usually ends with a demand to leave. Although the senate and the city of Hamburg have other legal options to handle our requests, they are not used. The

result is that many of us become illegal, which means we are forced to live here without any social rights, excluded from many things that are self-evident for most people who live here, like for example medical treatment.

We demand:

- **access to medical care for everybody**
- **the right to stay for all people who live in Hamburg – it is possible!**
- **stop deportations now and forever**

We are all part of this city. Our government and their legislation forces many of us to become illegal, to accept poor working conditions and denies us social rights. The senate forces people to live in tents, which is an outrage in a rich city like Hamburg. We know that they are lying to us when they say that they cannot change anything. They could influence federal legislation, they could improve living conditions and they could give a right to stay to all refugees. Lampedusa in Hamburg – they are here to stay. We know that the election will not improve the situation in general. That is why we have to act now. The struggle for a right to stay of the group “Lampedusa in Hamburg” showed to us that many people in Hamburg are discontented with the senate and would like to make everybody feel welcome in Hamburg.

We will continue our fight for a right to stay for everybody, for better housing conditions and for political and social rights for everybody.

Politicians of all parties should know that if they continue to deny rights to refugees, they will have to deal with massive social protests in Hamburg.

We want to live in a city where all human beings have the same rights, never mind their legal status.

DEMONSTRATION

31st JANUARY 2015

1pm, LANDUNGSBRÜCKEN HAMBURG